

## **Große Anfrage der Fraktion der CDU**

### **Folgen der verschleppten Klinikreform in Bremerhaven offenlegen!**

Die vom Bremer Senat und dem Bremerhavener Magistrat verschleppten Umstrukturierungen im Klinikbereich führten in Bremerhaven im August 2014 zum Verkauf der DRK-Kliniken an den schweizerischen Klinikkonzern Ameos. Es wird über die Entlassung von Mitarbeitern, die Schließung des St.-Josef-Hospitals sowie über die fachlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen auf das städtische Klinikum Reinkenheide spekuliert.

Die Gründe für den Verkauf der DRK-Kliniken sind vielfältig: Nachdem die jahrelangen Bemühungen des runden Tisches „Klinikreform“ unter Vorsitz des heutigen Gesundheitsensors Dr. Hermann Schulte-Sasse an mangelnder Abstimmung und Finanzierungsbereitschaft von Land und Kommune gescheitert waren, gerieten im Januar 2014 die DRK-Kliniken in Bremerhaven in eine derartige finanzielle Schieflage, dass sich der freigemeinnützige Träger DRK zu einem Verkauf entschloss. Bereits im Februar 2014 forderte deshalb die CDU-Bürgerschaftsfraktion den Senat auf (Krankenhausversorgung in Bremen und Bremerhaven sicherstellen! Drs. 18/1253), Gespräche über Alternativen zum Verkauf der Kliniken an einen privaten Investor zu führen. Nach monatelangem Schweigen des Bremer Senats begannen diese aber erst wenige Tage vor der endgültigen Verkaufsfrist und waren wohl kaum als ernsthaftes Rettungsangebot gemeint.

Für die Beschäftigten bedeuten das Einsteigen eines privaten Investors und das verantwortungslose Handeln von Land und Kommune eine schwere Belastung. Sie fürchten berechtigterweise um ihre Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Existenzgrundlage. Für die Patienten bedeutet die derzeitige Lage eine grundsätzliche Verunsicherung bezüglich der medizinischen Versorgungssicherheit in Bremerhaven und dem niedersächsischen Umland. Auch für das kommunale Klinikum Reinkenheide ergeben sich durch die neue Konkurrenzsituation neue fachlich-medizinische und wirtschaftliche Herausforderungen. Es ist zu erwarten, dass dort nun insbesondere nicht erlösträchtige Disziplinen, wie z. B. die Kinder- oder Palliativmedizin, vorgehalten werden müssen. Der Bremer Senat ist deshalb einmal mehr aufgefordert seiner Rolle als Landeskrankenhausplaner auch in Bremerhaven endlich gerecht zu werden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Auswirkungen ergeben sich für das kommunale Krankenhaus Reinkenheide durch den Verkauf der DRK-Kliniken hinsichtlich,
  - a) der Verlagerung medizinischer Fachdisziplinen?
  - b) der bisherigen Finanzierung im Rahmen der Landeskrankenhausplanung und möglichen Rückzahlungen?
  - c) den zukünftigen Investitionen im Rahmen der Landeskrankenhausplanung?
  - d) den baulichen Gegebenheiten vor Ort?
2. Welche Auswirkungen ergeben sich für die Klinik am Bürgerpark und das St.-Joseph-Hospital durch den Verkauf an den Ameos Konzern hinsichtlich,
  - a) der Verlagerung medizinischer Fachdisziplinen?

- b) der bisherigen Finanzierung im Rahmen der Landeskrankenhausplanung und möglichen Rückzahlungen?
  - c) den zukünftigen Investitionen im Rahmen der Landeskrankenhausplanung?
3. Welche Auswirkungen durch den Verkauf der DRK-Kliniken erwartet der Senat für die Mitarbeiter? Wie schätzt der Senat die derzeitige Arbeitsmarktsituation im ärztlichen, pflegerischen und Verwaltungsbereich im Land Bremen und im niedersächsischen Umland ein?
  4. Welche Auswirkungen durch den Verkauf der DRK-Kliniken erwartet der Senat für die gesamte Kliniklandschaft im Land Bremen? Wie und wann plant der Senat, die Krankenhausplanung umzuschreiben?
  5. Welche Wechselwirkungen ergeben sich für die Häuser der Gesundheit Nord und insbesondere für die Klinik Bremen-Nord (KBN)? Welchen Einfluss hat der Klinikverkauf in Bremerhaven auf das Sanierungskonzept der Gesundheit Nord?
  6. Durch welche Maßnahmen und zu welchem Zeitpunkt plant der Senat die Patienten und einweisenden Ärzte im Land Bremen über die aktuellen Entwicklungen und möglicherweise geplanten Verlagerungen von Disziplinen in Bremerhaven zu informieren?

Rainer Bensch, Paul Bödeker, Bernd Ravens, Dr. Thomas vom Bruch,  
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU